

Der Staatsminister


SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS
Postfach 10 09 10 | 01079 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
16. Oktober 2018

Geschäftszeichen
(bitte bei Antwort angeben)
Z-1053/15/7

Dresden,  . November 2018

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Zais
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs.-Nr.: 6/15068
Thema: Kostenübernahme der Schülerbeförderung bei inklusiver
Unterrichtung**

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die
Kleine Anfrage wie folgt:

**Frage 1: Woraus leitet die Staatsregierung ihren Standpunkt ab, dass
die „notwendige Beförderung“ (vgl. § 23 Abs. 3 SächsSchulG), die
durch die Landkreise und kreisfreien Städte zu organisieren und zu
finanzieren ist, nur die Beförderung zur nächstgelegenen aufnahme-
fähigen Schule der betreffenden Schulart, die mit dem geringsten Auf-
wand an Zeit und Kosten erreicht werden kann, umfasst?**

Gem. § 23 Abs. 3 SächsSchulG sind Träger der notwendigen Beförderung
der Schüler auf dem Schulweg der Landkreis oder die Kreisfreie Stadt, in
deren Gebiet sich die Schule befindet.

Der unbestimmte Rechtsbegriff „notwendige Beförderung“ wurde durch die
Rechtsprechung konkretisiert und bezieht sich auf den finanziellen Rahmen,
innerhalb dessen die Landkreise und Kreisfreien Städte zur Übernahme der
Kosten der Schülerbeförderung verpflichtet sind. Hierbei sollen in erster Linie
regelmäßig auftretende, insbesondere finanzielle Bedürfnisse, wie sie mit der
schulischen Grundversorgung verbunden sind, abgedeckt werden. Daraus
folgt, dass für den Besuch einer Schule der betreffenden Schulart grundsätz-
lich nur diejenigen Kosten notwendig sind, die für den Besuch der nächst-
gelegenen Schule dieser Schulart entstehen (siehe u.a. Sächsisches Ober-
verwaltungsgericht, Urteil vom 24. Juli 2012 – 2 C 16/10 bzw. VG Leipzig,
Urteil vom 22. März 2006– 4 K 545/05).

**Frage 2: Inwieweit gilt das Prinzip der „nächstgelegenen Schule“ auch
für die Beschulung von Schüler*innen mit sonderpädagogischem**

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Kultus
Carolaplatz 1
01097 Dresden

www.smk.sachsen.de

De-Mail-Zugang:
poststelle@smk-sachsen.de-mail.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3, 7, 8

Förderbedarf, wenn sie a) an einer Förderschule und b) inklusiv unterrichtet werden?

Um im Freistaat Sachsen die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) für Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe im schulischen Bereich zu ermöglichen, gibt es zwei im Sächsischen Schulgesetz verankerte Wege:

1. Der erste Weg ist der Besuch einer Förderschule.
2. Der zweite Weg ist der Besuch einer Grundschule, weiterführenden Schule oder eines beruflichen Schulzentrums.

Die Entscheidung über den Weg liegt bei den Eltern, soweit bestimmte, insbesondere auch personelle, organisatorische und sächliche Voraussetzungen erfüllt sind (vgl. § 4c Absatz 5 Satz 1 SächsSchulG). Maßgeblich für die Wahl des am besten geeigneten Förderortes ist immer das Kindeswohl. Eltern und Schüler werden in geeigneter Weise beraten.

Eine Beförderung zur nächstgelegenen Förderschule mit dem erforderlichen sonderpädagogischen Förderschwerpunkt wird wie bisher durch die Beförderungsträger gewährleistet.

Im Fall der Beschulung an einer Regelschule ist die „notwendige Beförderung“ im Sinne des SächsSchulG, die Beförderung zu der Schule, welche die Inklusionsvoraussetzungen nach § 4c Abs. 5 SächsSchulG erfüllt und nächstgelegenen zum Wohnort ist.

Die Beratung (Empfehlung) der Eltern bzw. des volljährigen Schülers gemäß § 4c Absatz 6 SächsSchulG erfolgt entsprechend.

Frage 3: Wie viele Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen im Schuljahr 2018/19 welche weiterführende Schule? (Bitte Schülerzahlen je für Oberschulen, Gymnasien und Förderschulen angeben sowie Schülerzahl insgesamt; getrennt nach LaSuB-Standorten sowie nach Landkreisen und kreisfreien Städten.)

Statistische Auswertungen für das Schuljahr 2018/2019 liegen noch nicht vor. Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen erfasst zum Stichtag 25. Oktober 2018 die Daten zur amtlichen Schulstatistik im Schuljahr 2018/2019. Erst nach Auswertung der erfassten Stichtagsdaten und Freigabe der amtlichen Schulstatistik 2018/2019 könnte eine Beantwortung der Frage 3 erfolgen.

Frage 4: In welchem Umfang werden die Kosten der Schülerbeförderung von den Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf bzw. deren Eltern übernommen, die a) an einer Förderschule und b) inklusiv unterrichtet werden? (Bitte getrennt nach LaSuB-Standorten sowie nach Landkreisen und kreisfreien Städten angeben.)

Für die Beantwortung wird auf die Anlage verwiesen.

Frage 5: Mit In-Kraft-Treten des novellierten Schulgesetzes wurden alle Schulen auf das Ziel Inklusion verpflichtet. Inwieweit ist bei der inklusiven Beschulung von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine (befristete) Sonderregelung denkbar, die gewährleistet, dass die Kosten der Schülerbeförderung auch dann übernommen werden, wenn eine andere als die nächstgelegene Schule angewählt wird, etwa aufgrund umfangreicher Erfahrungswerte in der inklusiven Unterrichtung?

Eine pauschale Verpflichtung aller Schulen zur inklusiven Unterrichtung gibt es nicht. Sie ist ein Ziel der Schulentwicklung. Zunächst sollen regional Kooperationsverbünde gebildet werden, in denen Schulen zusammenarbeiten, um Inklusion zu ermöglichen (§ 4c Absatz 7 SächsSchulG). Angesichts der unterschiedlichen sonderpädagogischen Förderbedarfe ist es nicht möglich, an allen Schulen allen Förderbedarfen gerecht zu werden. Ziel des Kooperationsverbundes ist es jedoch, in jeder Region Möglichkeiten der inklusiven Unterrichtung mit zumutbaren Schulwegen vorzuhalten. Dabei können sich Schulen mit umfangreichen Erfahrungen etablieren. Bei den Absprachen der Beteiligten der Kooperationsverbünde sollen auch die Aspekte der Schülerbeförderung berücksichtigt werden. Der Träger der Schülerbeförderung ist u.a. als festes Mitglied des Kooperationsverbundes vorgesehen. Eine Sonderregelung wird insofern nicht für notwendig erachtet.

Mit freundlichen Grüßen


Christian Piwarz
Anlage

Landkreis/Kreisfreie Stadt	a) Situation Förderschule
<p>LaSuB Standort Bautzen</p> <p>-----</p> <p>Bautzen (ZV Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien, ZVON)</p> <p>Görlitz (ZVON)</p>	<p>- Eigenanteil je Beförderungsmonat: Förderschule (Kl. 1-4): 8,00 € Förderschule (ab Kl. 5): 13,00 €</p> <p>- Eigenanteil je Beförderungsmonat: Förderschule (Kl. 1-4): 11,00 € Förderschule (ab Kl. 5): 14,00 €</p>
<p>LaSuB Standort Leipzig</p> <p>-----</p> <p>Leipzig (Stadt) (MDV)</p> <p>Leipzig (Land) (MDV)</p> <p>Nordsachsen (MDV)</p>	<p>- Eigenanteil je Schuljahr: Schülerspezialverkehr: 175,00 € Schülerindividualverkehr: 175,00 €</p> <p>- Eigenanteil je Beförderungsmonat: 10,00 € - Eigenanteil bei Jahresabonnement: 100,00 €</p> <p>- Eigenanteil je Beförderungsmonat: 15,00 € - Eigenanteil bei Jahresabonnement: 8,70 € je Monat</p>

<p>LaSuB Standort Dresden</p> <p>-----</p> <p>Dresden (VVO)</p> <p>Meißen (VVO)</p> <p>Sächsische Schweiz Osterzgebirge (VVO)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Eigenanteil: 50 % des ermäßigten Tarifes - Eigenanteil je Beförderungsmonat (2018/19 bis 2020/21): 15,00 € - Eigenanteil bei Jahresabonnement: 148,50 € - Bereitstellungsverfahren: Minderung des Eigenanteils für 1 Schuljahr um 10 % - Eigenanteil: 50 % der ABO-Monatskarte
<p>LaSuB Standort Chemnitz</p> <p>-----</p> <p>Chemnitz (VMS)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kostenerstattung: 50 % des jeweils geltenden tariflich günstigsten Fahrausweises
<p>LaSuB Standort Zwickau</p> <p>-----</p> <p>Vogtland (VVV)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Eigenanteil je Schuljahr: 120,00 €

ZV Verkehrsverbund Mittelsachsen -----					
Mittelsachsen Zwickau Erzgebirgskreis (VMS)	<div>- Eigenanteil: Förderschule (Kl. 1-4): 15,00 € je Beförderungsmonat Förderschule (ab Kl. 5): 112,50 € je Schuljahr freigestellter Schülerverkehr, Schulweg länger als 20,0 km:</div>				
	Entfernung in km	ab 20,1 bis 30,0	ab 30,1 bis 40,0	ab 40,1 bis 50,0	ab 50,1
	Schüler der Grund- und sonstigen Förder- schulen bis einschließlich Klasse 4	23,00 EUR	30,00 EUR	38,00 EUR	45,00 EUR
	Schüler ab Klasse 5	169,00 EUR	225,00 EUR	282,00 EUR	338,00 EUR

Bemerkung:

Die oben angeführten Eigenanteile wurden in den Satzungen zur Schülerbeförderung durch die jeweiligen Landkreise, Kreisfreien Städte und Zweckverbände festgelegt. Die Situation bei inklusiver Beschulung wird in Analogie zu den Förderschulen betrachtet. Wenn Eigenanteile für alle Schüler bzw. Schülerinnen mit sonderpädagogischen Förderbedarf festgelegt wurden, fällt auch die Regelung der Schüler bzw. Schülerinnen, die inklusiv unterrichtet werden, darunter. Weiterhin wird auf die Möglichkeit der Eingliederungshilfe verwiesen.